

Heute erreichten uns beunruhigende Nachrichten aus dem Puncak Jaya Hochlanddistrikt West Papuas. Zurzeit führen paramilitärische Einheiten der Polizei (Brimob) so genannte „Sweeping Operations“ durch. Mehrere Papuas sind getötet worden, Häuser wurden angezündet und Haustiere getötet. Mehrere hundert Papuas flohen in den Dschungel der umliegenden Berge und halten sich dort vor dem Zugriff durch indonesische Sicherheitskräfte versteckt. Einige der Flüchtlinge sind bereits an Hunger und Krankheiten gestorben.

Es wird weiter berichtet, dass fünf Papua Mädchen entführt und vergewaltigt worden sind. Insgesamt sind mindestens fünf Dörfer durch die Brimob Spezialeinheiten angegriffen worden. Aber auch Häuser in Mulia, der Puncak Jaya Distrikthauptstadt, wurden überfallen. Die Operationen durch indonesische Einheiten begannen bereits im April 2009, nun aber haben Gewalt und Brutalität zugenommen.

Derartige Operationen wurden bereits in den letzten Jahren im Hochland West Papuas durchgeführt und kosteten einigen hundert Papuas den Tod.

Nach letzten Informationen sind die Papua Opfer rivalisierender indonesischer Sicherheitskräfte in der Region, wie Polizei und Militär, und den von ihnen ausgehenden Provokationen. Diese Provokationen führen wiederum zu einem bewaffneten Widerstand von lokalen Papua Gruppen auf den die indonesischen Einheiten reagieren. Solche Provokationen werden als ein Weg gesehen, um die eigene Stellung der jeweiligen Truppen in der Region zu stärken und um damit eine weitere Finanzierung aus Jakarta zu sichern.

Genauere Informationen über die momentane Situation und Hintergründe sind schwer zu bekommen, da seit vielen Jahren der Zugang nach West Papua für Ausländer durch den indonesischen Staat und dessen Sicherheitskräfte beschränkt wird, was wiederum als eine Strategie der indonesischen Besatzer angesehen wird.

Wir fordern deshalb eine sofortige Beendigung der Militäroperationen und uneingeschränkten Zugang nach West Papua von internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie ausländischen Journalisten. Die indonesische Menschenrechtskommission Komnas Ham muss die Vorfälle untersuchen.